

Beschlussantrag

**der Gemeinderätin Bettina Emmerling und weiterer Gemeinderatsabgeordneter
betreffend Paket zur Verbesserung der Radabstellinfrastruktur
eingebracht im Zuge der Debatte über Post Nr. 130 in der 31. Sitzung des Wiener
Gemeinderats am 15.12.2017**

Nicht erst seit dem Markteintritt neuer Leihradanbieter wird deutlich, dass es in Wien ein massives Kapazitätsproblem mit dem Abstellen von Fahrrädern gibt. Das trifft sowohl Abstellplätze im öffentlichen Raum sowie Fahrradabstellplätze im Rahmen der Bauordnung.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs.4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat spricht sich für ein Paket zur Verbesserung der Radabstellinfrastruktur aus.

Folgende Elemente sollen im Paket enthalten sein:

- Verankerung von ausreichend und gut erreichbaren Fahrradabstellplätzen in der Bauordnung, zum Beispiel durch:
 - Konkretisierung der Anzahl von Fahrradabstellplätzen für Wohnungen.
 - Fahrradabstellplätze sollen Fahrrad fahrend erreichbar sein.
 - Fahrradabstellplätze auch in Büro-, und Geschäftsgebäuden.
 - Die Möglichkeit, Pflichtabstellplätze nach Wiener Garagengesetz 2008 durch Fahrradabstellplätze zu substituieren.
- Ausreichend neue Abstellplätze (Fahrradbügel) auf öffentlichen Flächen sind zu schaffen, auch um Platz für Leihräder zu schaffen. Gegebenenfalls wären dafür von den Betreibern von "free floating" Leihrädern im Rahmen der rechtlichen 'Rahmenbedingungen' Kostenbeiträge zu erwirken.
- Bestehende öffentliche Abstellplätze sind regelmäßig von „Fahrradleichen“, auch von nicht betriebsfähigen Leihrädern, zu befreien.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung des Antrags an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung beantragt.

Wien, 15.12.2017